

GEWERKSCHAFTEN UND HOCHSCHULPOLITIK

1. Schon in der Frühzeit ihrer Entwicklung war die Arbeiterbewegung der Wissenschaft zugewandt und bemühte sich, ihre Politik zu orientieren an den Erkenntnissen der Natur- und Sozialwissenschaften ihrer Zeit. Es ist keine Seltenheit, heute im Bücherschrank manches alten Gewerkschaftsfunktionärs Bücher über die Darwinschen Theorien, die Atomforschung oder gesellschaftskritische Literatur zu finden. Die Aufgeschlossenheit der tragenden Schicht der Arbeiterschaft gegenüber der Wissenschaft bezog sich jedoch nie gleichzeitig auf die traditionellen Träger der Lehre und Forschung in Deutschland, die Universitäten und Hochschulen. Die Exklusivität der akademischen Zirkel, ihre Verständnislosigkeit gegenüber den Anliegen und Zielen der Arbeiterbewegung und ihre Verbindung mit den herrschenden Klassen der damaligen Zeit verhinderten eine Annäherung, die auf einer sachlichen wissenschaftlichen Basis in gegenseitigem Geben und Nehmen durchaus denkbar gewesen wäre. Die Kluft zwischen der offiziellen Wissenschaft Deutschlands und der Arbeiterschaft wurde noch vertieft durch die Gleichgültigkeit vieler Universitäten gegenüber einem Phänomen, wie es der Nationalsozialismus darstellte.

2. Nach dem Zusammenbruch 1945 durfte man die Hoffnung haben, daß die deutschen Universitäten aus ihrem elfenbeinernen Turm heraustreten und zu einem geistigen Zentrum der demokratischen Gesellschaft werden würden. Es ist in den letzten Jahren viel von der Notwendigkeit einer Hochschulreform gesprochen worden, und es wurden zahlreiche Pläne und Denkschriften zu dieser Frage vorgelegt, ohne daß es zu einer wirklichen Erneuerung der Struktur und Arbeitsweise unserer Hochschulen gekommen wäre. Auch die Gewerkschaften haben durch ihren Hochschulausschuß in der „Oberaudorfer EntschlieÙung“ einen Plan zu einer echten Hochschulreform vorgelegt, der ebenso wie andere erfolgversprechende Ansätze zu einer solchen Arbeit bisher nicht verwirklicht werden konnte. Statt dessen sehen sich die ihrer Verpflichtung gegenüber der Gesellschaft bewußten Teile der Professoren- und Studentenschaft seit einigen Jahren gezwungen, sich mit den wiederauflebenden Korporationen, insbesondere mit den schlagenden Verbindungen, auseinanderzusetzen. Die Kluft zwischen den rückschrittlichen Kräften an manchen unserer Hochschulen und den aufgeschlossenen, demokratischen Schichten in unserer Gesellschaft scheint sich erneut auf-tun zu wollen.

3. Trotzdem haben sich im hochschulpolitischen Bereich einige bedeutende Wandlungen vollzogen, die bei einer Analyse der gegenwärtigen Situation nicht übersehen werden dürfen. Die überwiegende Mehrheit der deutschen Studentenschaft kann sich nicht mehr auf die wirtschaftliche Hilfe eines begüterten Elternhauses stützen, sondern verdient sich ihr Studium durch eigene Arbeit. Bei mehr als einem Drittel der rund 116 000 Studierenden in Westdeutschland ist der Vater tot oder arbeitslos, etwa je 13,2 vH. der Studentenschaft sind Heimatvertriebene bzw. kommen aus der sowjetischen Besatzungszone, mehr als 60 vH. der Studierenden sind neben ihrem Studium dauernd oder vorübergehend erwerbstätig, und die während der Semestermonate zur Verfügung stehenden monatlichen Mittel übersteigen bei den meisten Studierenden nur in Ausnahmefällen 100 DM. Diese wenigen Zahlen mögen den sozialen Umschichtungsprozeß verdeutlichen, der die Struktur der heutigen Studentenschaft im Vergleich zu früheren Zeiten sehr weitgehend verändert hat¹). Hinzu kommt, daß es auch in den

1) Vgl. dazu „Das soziale Bild der Studentenschaft in Westdeutschland und Berlin“, Herausgegeben vom Verband Deutscher Studentenwerke, März 1952.

akademischen Berufen heute nur noch in seltenen Fällen das gibt, was man früher einen freien Beruf nannte. Die meisten wissenschaftlich ausgebildeten Kräfte sind heute in irgendeiner Form als Arbeitnehmer tätig. Diese Entwicklung zeichnet sich nicht nur bei den Ärzten, sondern auch in den verschiedenen Bahnen der juristischen, volkswirtschaftlichen und betriebswirtschaftlichen Berufe und in den technischen Berufen ab. Man würde sicherlich die Einflüsse der sozialen und wirtschaftlichen Situation auf die Bewußtseinsbildung der Menschen überbetonen, wenn man aus den beiden skizzierten Tatsachen folgern würde, die Studentenschaft und der wissenschaftliche Nachwuchs müßten aus ihrer veränderten gesellschaftlichen Situation notwendigerweise die entsprechenden wirtschaftlichen und politischen Konsequenzen ziehen. So ungünstig die soziale Lage des Studenten und die seines Elternhauses vielfach ist, so interessant ist andererseits, festzustellen, daß die meisten Studenten aus Familien kommen, in denen der Vater selbst studierte (41 vH.) oder Beamter (21,6 vH.) bzw. Angestellter (12,4 vH.) ohne akademische Ausbildung ist, während der Anteil z. B. der Arbeiterkinder bei nur 1,2 vH. liegt, obwohl ein Facharbeiter heute von der wirtschaftlichen Lage her ein Hochschulstudium des Sohnes oder der Tochter vielfach eher finanzieren könnte als ein Volksschullehrer oder ein mittlerer Beamter. Das auch in diesen Zahlen zum Ausdruck kommende Gewicht der Erziehung, die Tradition der Universitäten und ein oft falsch verstandenes Aufstiegs- und Prestigebedürfnis verbauen auch heute noch sehr vielen Studierenden und jungen Akademikern den Weg zu einer realen Einschätzung ihrer eigenen Lage und zu einer aufgeschlossenen Betrachtung und Urteilsbildung über politische und wirtschaftliche Fragen. Ungeachtet dieser Tatsache sind aber durch die andere soziale Situation der Studentenschaft und der meisten akademischen Berufe im Vergleich zu früheren Zeiten neue und bessere Ansatzpunkte für eine Erziehung des wissenschaftlichen Nachwuchses zu einer undogmatischen Würdigung wirtschaftlicher, sozialer und politischer Gegebenheiten und zur Gestaltung eines engeren Kontaktes mit anderen Schichten der Gesellschaft vorhanden. Diese Möglichkeiten müssen ausgeschöpft werden.

4. Wie aber ist die Stellung der Gewerkschaften zu diesen Fragen? Die Ausweitung ihres Einflusses auf viele neue Bereiche der Wirtschaft, des Staates und der Gesellschaft verlangt von den Gewerkschaften die Mitübernahme der Verantwortung für die Gestaltung der Gesamtgesellschaft, ohne daß sie deshalb ihre Autonomie und ihre Unabhängigkeit dem Staat gegenüber aufgeben müßten und dürfen. Zu den damit gegebenen Aufgaben gehört auch die Mitgestaltung und Formung des kulturellen Bereiches einschließlich der Universitäten und Hochschulen und des wissenschaftlichen Nachwuchses, der Studentenschaft. Im hochschulpolitischen Sektor stehen die Gewerkschaften vor Aufgaben, die wie manche anderen nicht zu ihren hergebrachten Arbeitsgebieten gehören, denen sie aber nichtsdestoweniger ihre volle Aufmerksamkeit zuwenden müssen. Daß die hier auftretenden Fragen gesehen werden, beweist die Gründung von wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Ausbildungsstätten, wie der Hamburger *Akademie für Gemeinwirtschaft*, der Dortmunder *Sozialakademie* oder der *Akademie der Arbeit* in Frankfurt am Main. Aber jetzt und wohl auch in Zukunft wird das Schwergewicht der wissenschaftlichen Lehre und Forschung bei den Universitäten und Hochschulen liegen, und die Gewerkschaften müssen sich also über die Betreuung ihrer eigenen und der von ihnen maßgeblich mitgetragenen Ausbildungsstätten hinaus auch der weiteren Gestaltung und Entwicklung der deutschen Universitäten verpflichtet fühlen. Diese Verpflichtung ist für die Gewerkschaften von sehr praktischer Bedeutung. Entscheidende Positionen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft können vielfach auch in Zukunft nur mit

wissenschaftlich befähigten Kräften besetzt werden, und ausgehend von dieser Tatsache ist es für die Gewerkschaften unumgänglich, beim wissenschaftlichen Nachwuchs Kenntnis, Verständnis und Aufgeschlossenheit gegenüber der gewerkschaftlichen Zielsetzung und Arbeit zu wecken und zu fördern. Wird dieses Ziel erreicht, so bedeutet das nicht nur eine wahrscheinlich bemerkenswerte Erleichterung der gewerkschaftlichen Arbeit, z. B. in Verhandlungen mit den Jungakademikern von heute in ihren späteren Berufen, sondern es ist den Gewerkschaften auf diese Weise auch möglich, sich aus einem größeren Kreis junger Kräfte, die von den Universitäten kommen, geeignete Mitarbeiter für ihre eigene Arbeit auszuwählen, die neben ihrer wissenschaftlichen Qualifikation gleichzeitig eine starke innere Bindung an die Ziele der Arbeiterbewegung haben. Die Frage ist, auf welchen Wegen eine Einflußnahme der Gewerkschaften auf den hochschulpolitischen Bereich wirksam und sinnvoll angestrebt werden kann.

5. Die Gestaltungskraft der Gewerkschaften sollte sich in doppelter Hinsicht auswirken, nämlich in der Forderung nach einer angemessenen Hochschulreform, die die Universitäten und Hochschulen zu einem echten und lebendigen Forum der Auseinandersetzung um Inhalt und Form unserer Gesellschaft ausbauen will und kann, und zweitens in der Einflußnahme auf die Studentenschaft selbst. Die Grundsätze einer den gewerkschaftlichen Vorstellungen entsprechenden Hochschulreform sind in der bereits erwähnten „Oberaudorfer Entschließung“ enthalten, und es käme nur darauf an, sie eingehender zu präzisieren und auf ihre Verwirklichung zu drängen. Aus der gewerkschaftlichen Perspektive ergibt sich dabei vor allem die Verpflichtung, sich für eine gleiche, den Leistungen und der Begabung entsprechende Chance jedes jungen Menschen in seinem Bildungsweg einzusetzen. Sind hier in der Frage der Hochschulreform bereits gute Vorarbeiten geleistet worden, so wurde andererseits ein engerer Kontakt zur Studentenschaft kaum ernsthaft und planmäßig angestrebt, obwohl dort einer der Hauptansatzpunkte gewerkschaftlicher Hochschularbeit liegt. Es kann kein Zweifel darüber Gesehen, daß eine derartige hochschulpolitische Arbeit nur dann mit Aussicht auf Erfolg begonnen werden kann, wenn sie von starken Kräften der Studentenschaft selbst bejaht und getragen wird. Die bereits erfolgte Bildung *gewerkschaftlicher Hochschulgruppen* in verschiedener Form und mit im einzelnen unterschiedlicher Zielsetzung an manchen Universitäten zeigt jedoch, daß von selten der Studentenschaft für eine gewerkschaftliche Hochschularbeit durchaus Interesse und Bereitschaft zur Mitarbeit besteht. In dieser zustimmenden Haltung kommt dieselbe Erscheinung zum Ausdruck wie in anderen Schichten der deutschen Bevölkerung: Die Menschen sind zu einer irgendwie gearteten Mitarbeit in sozialen Organisationen wie den Gewerkschaften eher bereit als zu einer Anteilnahme an der Arbeit der eigentlich politischen Verbände. *Eugen Kogon* wies in Recklinghausen auf diese Tatsache hin mit der Bemerkung, die vorhandenen Kräfte unserer Gesellschaft seien überwiegend im „vorpolitischen Raum“ wirksam. Man mag das begrüßen oder nicht, es ist ein Faktum, und auf den hochschulpolitischen Bereich angewandt eröffnet diese Grundhaltung den Gewerkschaften große Möglichkeiten einer erfolgreichen Arbeit. Der DGB und die Industriegewerkschaften müssen jedoch hier den ersten Schritt tun. Sie sollten die Bildung gewerkschaftlicher Hochschulgruppen mit allen Mitteln fördern und die Ziele der Gewerkschaftsbewegung auf diese Weise in die Universitäten und Hochschulen hineinragen.

6. Die Aufgabe solcher Arbeitskreise für Gewerkschaftsfragen dürfte zunächst darin bestehen, aktuelle und grundsätzliche Themen der modernen Gewerkschaftsarbeit im Zusammenhang mit allgemeinen rechtlichen, wirtschaftlichen

und politischen Fragen in der Studentenschaft zur Diskussion zu stellen, So hat der seit wenigen Monaten bestehende „Arbeitskreis für Gewerkschaftsfragen“ in Hamburg im vergangenen Sommer über Fragen diskutiert, wie „Gewerkschaften und Staat“, „Mitbestimmung und Wirtschaftsordnung“, „Soziologie der Gewerkschaften“ usw. Es war dabei vorteilhaft, daß an solchen Diskussionsabenden neben den Studierenden auch aufgeschlossene Menschen aus den Gewerkschaften selbst teilnahmen. Auf die Dauer der Zeit gesehen, werden sich solche Arbeitskreise für Gewerkschaftsfragen allerdings nicht darauf beschränken können, Diskussionsabende zu veranstalten. Sie müssen versuchen, eine den Bedürfnissen der Studenten angemessene Gemeinschaft zu werden und dem Studierenden ein Gemeinschaftserlebnis zu vermitteln. Gerade von der Seite des Erlebnisses einer guten Gemeinschaft her bietet sich hier eine Möglichkeit, den Studierenden aus der kleinen Gemeinschaft einer Hochschulgruppe in die große Gemeinschaft der Gewerkschaftsbewegung hineinwachsen zu lassen, über die Aufgabenstellung studentischer Arbeitskreise für Gewerkschaftsfragen im einzelnen Genaueres zu sagen, wird erst möglich sein, wenn eine längere Erfahrung die bestehenden Möglichkeiten klarer als heute erkennen läßt, über Zielsetzung, Arbeitsweise und Rechtsform gewerkschaftlicher Hochschulgruppen sollte aber allgemein schon möglichst frühzeitig eine Übereinkunft erzielt werden, wobei zu beachten wäre, daß diese studentischen Gemeinschaften unter allen Umständen selbständig, d. h. organisatorisch von den Gewerkschaften unabhängig sein müssen. Dieser Gesichtspunkt ist nicht nur aus formalen Gründen wesentlich, sondern die Unabhängigkeit der Arbeitskreise für Gewerkschaftsfragen ist eine entscheidende Voraussetzung für eine erfolgreiche Arbeit an den Universitäten. Bei der Bedeutung der Universitäten und Hochschulen und der Haltung des wissenschaftlichen Nachwuchses für die Zukunft unserer Gesellschaft muß die Verantwortung der Gewerkschaften auch im hochschulpolitischen Raum gesehen und bejaht werden.